

gangen

+496131123021

- Neue Fassung -

TOP

8

April 2011

11.10 Uhr
SPD

Stadtratsfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stadtratsfraktion

FDP

Stadtratsfraktion

Gemeinsamer Antrag

Sitzung des Stadtrates am 13. April 2011

Vorlage-Nr. 0716 / 2011/2**Umsetzung des Bildungs- u. Teilhabepakets für Kinder und Jugendliche durch die Stadt Mainz**

Die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Hartz-Reform beinhaltet eine Reihe von Verbesserungen für die betroffenen Menschen und ermöglicht den Kommunen sich mit Ihrer Kompetenz bei der Umsetzung der Reform einzubringen.

Die Reform sieht zur Verbesserung der soziokulturellen Teilhabe vor, dass die rund 2,5 Millionen bedürftigen Kinder aus Familien im SGB II-Bezug, von Geringverdienern und Wohngeldempfängern Anspruch auf ein warmes Mittagessen in Schule oder Kita sowie einen Zuschuss für eintägige Klassenfahrten oder Wandertage von 30 Euro pro Schuljahr erhalten.

Zudem stehen zehn Euro im Monat für z.B. eine Mitgliedschaft in Sportvereinen oder Ähnliches zur Verfügung. Bei Bedarf bekommen die Kinder auch Nachhilfeunterricht bezahlt, um eine Versetzung in die nächste Klasse zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die Kommunen mit zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln (auf drei Jahre befristet) 3.000 Schulsozialarbeiter zur Verstärkung der Schulsozialarbeit einstellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

+496131123021

Der Stadtrat möge beschließen:

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, die Möglichkeit der aktiven Gestaltung des Bildung- und Teilhabepaketes zu nutzen und sich in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und den jeweils zuständigen Ausschüssen für eine zielgenaue und den Bedürfnissen in der Stadt Mainz entsprechende Umsetzung einzusetzen.

Ziel soll sein, ein Gesamtkonzept zu erhalten, welches die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen nutzt, Doppelstrukturen vermeidet und eine passgenaue Hilfe gewährleistet.

gez.

Oliver Sucher
Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion

gez.

Katrin Eder
Fraktionssprecherin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

gez.

Walter Koppius
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

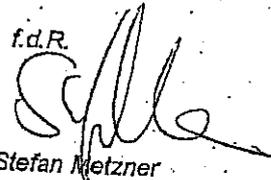
f.d.R.


Jacqueline Brandt
Fraktionsgeschäftsführung

f.d.R.


Caroline Blume
Fraktionsgeschäftsführung

f.d.R.


Stefan Metzner
Fraktionsgeschäftsführung

Eingegangen

13. April 2011

L 12.20 Uhr

TOP 8.1

CDU-Stadtratsfraktion Mainz ■ Rathaus ■ 55116 Mainz



CDU Mainz

Stadtratsfraktion

Vorlage-Nr. 0716/2011/3

Ergänzungsantrag zur Stadtratssitzung am 13. April 2011

Betr. Vorlage 0716/2011, TOP 8

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Umsetzung der Hartz-Reform durch die Stadt Mainz“

Der Antrag wird um folgende Punkte ergänzt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine gesetzlich zulässige pauschale Abrechnung der Stadt Mainz mit dem Bund günstiger ist. 2

Für die Erstellung eines Gesamtkonzepts werden keine zusätzlichen Stellen geschaffen. 2+

Die Verwaltung berichtet in den zuständigen Ausschüssen regelmäßig über das Konzept und Umsetzung des BuT-Pakets. ✓

Begründung:

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Andrea Litzenburger
FraktionsvorsitzendeCDU-Stadtratsfraktion Mainz
Rathaus
55002 MainzTel. 061 31-12 21 23
Fax 061 31-12 20 67
E-Mail: cdu-stadtratsfraktion@stadt.mainz.de
Web: www.cdu-mainz.de

Aktz.: _____

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung
des Stadtrates am 13.04.2011

Punkt 8 Gem. Antrag Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder und Jugendliche (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)
Vorlage: 0716/2011/2

Punkt 8.1 Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Umsetzung der Hartz-Reform durch die Stadt Mainz" (CDU)
Vorlage: 0716/2011/3

Nach der Begründung des gemeinsamen Antrages von SPD, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und FDP durch Herrn Hofmann, Frau Köbler-Gross und Herrn Dietz sowie des CDU-Ergänzungsantrages durch Frau Siebner wird von Herrn Konrad Überweisung in den zuständigen Ausschuss beantragt.

Für die Verwaltung nimmt Beigeordneter Merkator Stellung und erklärt, dass das Procedere zurzeit festgelegt werde. Die Berichterstattung werde selbstverständlich in den zuständigen Gremien erfolgen.

Einstimmig überweist sodann der Stadtrat den Antrag von SPD, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und FDP einschließlich des zweiten Absatzes des CDU-Ergänzungsantrages in den Sozialausschuss und ggf. in den Jugendhilfeausschuss.

Die Überweisung der Absätze 1 und 3 des Ergänzungsantrages wird mit Mehrheit abgelehnt.

50-Amt für soziale Leistungen

Eingang 23. Mai 2011

1	2	3	SPL	C	YM
R	Wvl.				

Antwort-Entwurf Termin:

Stadtverwaltung Mainz
Beigeordneter Kurt Merkator

19. Mai 2011

Wahlort: 501 Jhr

Wahl	2. Z. A.	3. Z. A.	4. Z. A.
Wahl			
Wahl			

*Herrn Habus f. Soz. Ausschuss
im Dezemb. 2011*

bis 10. Wvl. 1/9/2011

Zur Beglaubigung:

[Signature]
Schriftführung

I. Hr. Bg. Merkator
m.d.B. um Kenntnisnahme
 weitere Veranlassung

II. Z.d.A. / Z.d.H.A. / Wvl.: 01. 12. 2011

Mainz, 17.05.2011

Im Auftrag:
[Signature]